

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	15
Einleitung .....	19
A. Gegenstand der Untersuchung .....	21
B. Gang der Darstellung .....	23
1. Kapitel: Überblick und Einordnung des Folgenbeseitigungsanspruchs ..	25
A. Herkunft und Entwicklung des Folgenbeseitigungsanspruchs .....	25
I. Wurzeln im öffentlichen Recht .....	25
II. Einzug in das Zivilrecht .....	26
III. Erscheinungsformen des Folgenbeseitigungsanspruchs .....	29
1. Folgenbeseitigung nach § 8 Abs. 1 Satz 1 UWG .....	29
2. Folgenbeseitigung nach § 4 Abs. 1a FinDAG .....	32
a. Grundlagen .....	33
b. Voraussetzungen .....	35
c. Reichweite und Umfang .....	36
IV. Rechtsschutzziel des Folgenbeseitigungsanspruchs .....	38
V. Zusammenfassung .....	38
B. Abgrenzung des Folgenbeseitigungsanspruchs zu den übrigen Ansprüchen des UWG .....	39
I. Beseitigungsansprüche nach § 8 Abs. 1 Satz 1 UWG .....	40
II. Unterlassungsansprüche nach § 8 UWG .....	42
III. Schadensersatzansprüche nach § 9 UWG .....	43
IV. Gewinnabschöpfung nach § 10 UWG .....	44
V. Zusammenfassung .....	46
C. Einordnung in das Lauterkeitsrecht und Verhältnis zum Unterlassungsklagengesetz .....	48
I. Gesetzeszweck und Schutzzweck des UWG .....	48
1. Schutz der rechtmäßig handelnden Mitbewerber .....	49
2. Verbraucherschutz .....	50

II. Umsetzung der UGP-Richtlinie .....	51
1. Schutzzweck und Regelungsinhalt der Richtlinie .....	52
2. Richtlinienkonforme Auslegung .....	52
III. Unterlassungsklagengesetz als lex specialis? .....	53
1. Schutzrichtung und Schutzobjekt des Unterlassungsklagengesetzes .....	54
2. Keine Sperrwirkung des Unterlassungsklagengesetzes .....	56
IV. Zusammenfassung .....	58
 D. Möglichkeiten der Anspruchsdurchsetzung und Einordnung in das System des kollektiven Rechtsschutzes ...	59
I. Individualrechtsschutz .....	59
II. Schlichtungsverfahren .....	60
III. Unechte Sammelklage .....	62
IV. Verhältnis zur allgemeinen Musterfeststellungsklage ....	63
V. Einziehungsklage nach § 79 Abs. 2 Nr. 3 ZPO .....	64
VI. Rechtsschutzdefizit .....	65
VII. Zusammenfassung .....	68
E. Zwischenergebnis .....	69
 2. Kapitel: Der Folgenbeseitigungsanspruch als Produkt der richterlichen Rechtsfortbildung .....	71
A. Folgenbeseitigungsanspruch als richterliche Rechtsfortbildung .....	71
I. Voraussetzungen für richterliche Rechtsfortbildung .....	71
II. Bestehende gesetzliche Regelungen .....	72
1. Regelungen im UWG .....	73
2. Allgemeine Musterfeststellungsklage .....	76
III. Element des „Rationalen Desinteresses“ als Rechtsnotstand .....	77
IV. Verstoß gegen das Wahlrecht des Schuldners .....	78
V. Zusammenfassung .....	79

<b>B. Entwicklung und Stand der Rechtsprechung .....</b>	<b>80</b>
I. Entwicklung der Rechtsprechung bis 2017 .....	81
II. Urteil des Bundesgerichtshofs vom 14.12.2017 (Az. I ZR 184/15) .....	86
III. Urteil des Oberlandesgerichts Dresden vom 10.04.2018 (Az. 14 U 82/16) .....	87
IV. Urteil des Bundesgerichtshofs vom 31.03.2021 (Az. IV ZR 221/19) .....	89
V. Urteil des Landgerichts Berlin vom 28.10.2021 (Az. 16 O 43/21) .....	91
VI. Urteil des Oberlandesgerichts Rostock vom 15.11.2023 (Az. 2 U 15/21) .....	92
VII. Übrige Rechtsprechung .....	93
VIII. Zusammenfassung und Stellungnahme .....	95
<b>C. Inhaltliche Ausgestaltung des Folgenbeseitigungsanspruchs</b>	<b>99</b>
I. Tatbestand .....	99
1. Unlautere Geschäftliche Handlung .....	100
a. Geschäftliche Handlung .....	100
b. Unlauterkeit .....	103
i. Unlauterkeit nach § 3 Abs. 2 UWG .....	103
ii. Unlauterkeit nach § 3a UWG .....	106
2. Fortwirkender bzw. fortdauernder Störungszustand .....	110
3. Rechtswidrigkeit des Störungszustands .....	115
4. Verschulden .....	116
5. Geringfügigkeit .....	120
6. Verhältnismäßigkeit .....	122
a. Geeignetheit .....	122
b. Erforderlichkeit .....	123
c. Zumutbarkeit (Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne) .....	125
II. Rechtsfolge .....	130
1. Auskunftsanspruch .....	131
2. Information der Verbraucher .....	132

3. Rückerstattung bereits vereinnahmter Gelder .....	135
III. Zusammenfassung .....	137
D. Zwischenergebnis .....	138
<b>3. Kapitel: Negative Zinsen als ein Anwendungsfall des Folgenbeseitigungsanspruchs .....</b>	<b>141</b>
A. Grundsätzliche Einordnung und Hintergrund .....	141
B. Begriffsklärung und gesetzliche Grundlage von Zinsen .....	142
I. Begriffsklärung .....	142
II. Zinsen im Rahmen eines Darlehensvertrags .....	143
III. Vergütung im Rahmen eines Verwahrungsvertrags .....	145
IV. Gesetzliches Leitbild .....	146
V. Zusammenfassung .....	148
C. Rechtsnatur des Vertrags .....	148
I. (Einlagen-)Verwahrung kein Zahlungsdienst .....	149
II. Verwahrentgeltklauseln als AGB .....	150
1. Verwahrentgelt als Preisnebenabrede .....	152
2. Verwahrentgelt als Preishauptabrede .....	158
III. Kein Ausschluss bei zusätzlicher Vereinbarung einer Kontoführungsgebühr .....	161
IV. Zusammenfassung und Ergebnis .....	162
D. Zulässigkeit der Erhebung von Verwahrentgelten .....	163
I. Keine Unwirksamkeit wegen Abweichung vom gesetzlichen Leitbild .....	164
II. Mögliche Unwirksamkeit wegen Intransparenz und überraschender Klausel .....	166
III. Unterscheidung zwischen Bestands- und Neukunden ...	169
1. Störung der Geschäftsgrundlage .....	170
2. Einseitige Leistungsbestimmung .....	171
3. AGB-Änderung .....	172
4. Konkludente Vereinbarung .....	174

5. Ergänzende Entgeltvereinbarung / Änderungskündigung .....	175
IV. Zusammenfassung und Ergebnis .....	175
E. Stand der Rechtsprechung .....	176
F. Zwischenergebnis .....	177
4. Kapitel: Ausblick .....	181
A. Der „New Deal for Consumers“ der Europäischen Kommission .....	181
B. Richtlinie über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher / RL (EU) 2020/1828 ....	182
C. Umsetzungsstand Deutschland: Verbandsklagenrichtlinienumsetzungsgesetz – VRUG .....	183
I. Auf Leistung gerichtete Abhilfeklage .....	184
II. Ausweitung der Gewinnabschöpfung nach § 10 UWG ....	185
D. Zwischenergebnis .....	186
Fazit und Zusammenfassung der Ergebnisse .....	189
Literaturverzeichnis .....	193